

**Ansprache des Landesvorsitzenden Hubert Weiger
Delegiertenversammlung 2015 in Bamberg**



Landesverband Bayern
des Bundes für Umwelt-
und Naturschutz
Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Hubert Weiger
1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 09 11/81 87 8-10
Fax 09 11/86 95 68

hubert.weiger
@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Bamberg, 25. April 2015

**Natur- und Umweltschutz - ein Schlüssel für die sozial-ökologische
Transformation der Industriegesellschaft von morgen**

Liebe Delegierte,

sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal liegt ein arbeitsreiches Jahr hinter uns, in dem wir nicht nur Niederlagen für Umwelt und Natur hinnehmen mussten, sondern uns auch an Erfolgen freuen konnten: Sei es das Gewerbegebiet Interfranken, das wir auch dank des Einsatzes unserer Kreisgruppe Ansbach mit unserer Klage stoppen konnten, oder die Verhinderung einer Getränkeabfüllanlage in Teublitz in der Oberpfalz. Eine Umfrage im Juni 2014 zeigte, dass wir mit unserem Anliegen eines Nationalparks im Steigerwald mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung in der Region hinter uns haben und wir konnten auch erfolgreich das 25-jährige Bestehen des Grünen Bandes feiern.

Nicht nur der Rekordmitgliederstand von annähernd 215.000 Mitgliedern zum Jahresende 2014 sondern auch die Tatsache, dass ich gestern nicht am Bayerischen Naturschutztag teilnehmen konnte, weil ich von Herrn Ministerpräsidenten Seehofer zur Klausur des CSU-Parteivorstands eingeladen war, um unsere Positionen dort vorzustellen – eine Premiere in unserer Verbandsgeschichte - beweist, dass der BN in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Das zeigt auch, dass wir keine selbst ernannten, wildgewordenen Naturfreunde oder ein Haufen von Sonderlingen sind, sondern dass der BN eine ernstzunehmende Kraft in diesem Land ist, an dem so leicht weder vor Ort noch landesweit ein Weg vorbei führt.

Dies ist vor allen Dingen auch Ihr Verdienst. Nur aufgrund Ihres tatkräftigen ehrenamtlichen Einsatzes ist der BN zu dem öffentlich wahrnehmbaren Verband geworden, der er heute ist. Das Ehrenamt ist unsere wichtigste Grundlage für die Naturschutzarbeit. Auch 2014 wurden wieder mehr als 1 Million Arbeitsstunden ehrenamtlich geleistet, von denen 40% auf praktische Naturschutzmaßnahmen entfielen und jeweils knapp 20% auf Führungen und Vorträge bzw. politische Arbeit. Vielen Dank dafür! Herzlichen Dank an Sie, an unseren Landesvorstand und den Landebeirat für die motivierende Zusammenarbeit. Persönlich möchte ich mich wegen der besonders engen Zusammenarbeit bedanken bei meinen beiden Stellvertretern Frau Doris Tropper und Herrn Sebastian Schönauer sowie unserem Landesgeschäftsführer Peter Rottner und unserem Landesbeauftragten Richard Mergner für die hervorragende Zusammenarbeit und ihren außergewöhnlichen Einsatz, indem sie wieder zahlreiche Termine in diesem Jahr wahrgenommen haben.

Der Natur- und Umweltschutz ist die Schlüsselfrage für eine nachhaltige Zukunft. Die Situation ist, dass trotz vieler sichtbarer Fortschritte im Bereich des Natur- und Umweltschutzes es weder weltweit noch national gelungen ist, Wachstum und Umweltbelastung zu entkoppeln, Ressourcenverbräuche zu reduzieren oder Biodiversitätsverluste zu stoppen. Die Folgen davon sind Klimawandel als Faktum und ein irreversibler Biodiversitätsverlust. Vor diesem Hintergrund und angesichts des politischen Konsenses, dass das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung umgesetzt werden soll, muss sich Entscheidendes verändern.

Klimawandel stoppen: Energiesparen, Energieeffizienz, dezentrale Versorgung mit Erneuerbaren Energien

Die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre werden der Stopp des Klimawandels ohne einen Rückfall in die Atomenergie sondern durch eine dezentrale Energiewende von Unten sowie der Stopp des Biodiversitätsverlusts sein. Um dem Klimawandel zu begegnen, müssen das Energiesparen, die Energieeffizienz und die dezentrale Versorgung mit Erneuerbaren Energien vorangebracht werden.

Der BN hat im abgelaufenen Jahr am Energiedialog des bayerischen Wirtschaftsministeriums teilgenommen. Grundsätzlich ist es positiv, dass ein Dialog in dieser Form stattgefunden hat zwischen Vertretern des StMWi, Wirtschaft, Kommunen, Kirchen, Arbeitnehmerverbänden, Naturschutz und Bürgerinitiativen. Und es war gut, dass wir teilgenommen haben, denn es ist auch ein Erfolg des BN, dass Staatsministerin Ilse Aigner am Ende des Energiedialogs die unbedingte technische Notwendigkeit der großen Stromtrassen in Frage stellte. Sie sprach von 2 minus x Trassen und verwies darauf, dass letztlich über diese Trassen auf Bundesebene mitentschieden wird.

Besonders positiv ist aus unserer Sicht, dass das Staatsministerium für Wirtschaft erstmals die Potentiale der Kraftwärmekopplung für die Versorgungssicherheit mit Strom herausgestellt hat. Aber diesem Dialog, diesen Worten müssen nun auch Taten folgen, indem die Staatsregierung allen voran Frau Wirtschaftsministerin Aigner beweist, dass der Energiedialog nicht nur ein Feigenblatt war.

Die Fragen Bayerns zu den Gleichstromtrassen müssen nun in einer **Strategischen Umweltprüfung des Energiekonzepts Deutschland** auch politisch und planerisch umgesetzt werden: Die Potentiale der dezentralen Energiewende mit Energiesparen, Kraft-Wärme-Kopplung und mehr Erneuerbaren Energien müssen öffentlich und transparent analysiert werden. Der Energiedialog hat aufgezeigt, dass es in Bayern weitere Potentiale für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit mit Strom gibt – aber diese müssen nach der Analyse, politisch gewollt und dann auch wirtschaftlich und technisch umgesetzt werden.

Diese Potentiale der dezentralen Energiewende wurden im Energiekonzept Deutschland 2011, im Szenariorahmen 2012-14, und in den Netzentwicklungsplänen 2012-2014 sowie im Bundesbedarfsplangesetz und Netzausbaubeschleunigungsgesetz von 2013 nicht berücksichtigt – daher lehnt der BN die aktuelle Planung beider Gleichstromtrassen ab!

Die Potentiale Bayerns sind im Bereich Stromsparen:

- wie im 12-Punkte Aktionsplan Stromsparen des BN mit LBV und StMUG 2012 verabschiedet auf Basis bestehender Anwendungen minus 20 % Strom bis 2020, minus 50 % Strom bis 2050,
- energetische Sanierung: Die Förderung durch Steuererleichterung ist gescheitert – Bayern muss weitermachen und darf nicht bei Schuldzuweisungen stehen bleiben. Modell BUND mit Verbraucherschutz: Kosten energetische Sanierung 1/3 Staat, 1/3 Vermieter 1/3 Mieter
- Bayern muss Vorreiter in Deutschland bei der Energiesparberatung der energetischen Sanierung im Altbestand werden: Die Staatsregierung muss die Landkreise ermutigen und ertüchtigen, in jedem Landkreis eine kommunal getragene, unabhängige und vorgewerbliche Initialberatung Energiesparen vor Ort und am Objekt zu implementieren

Die **dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung** (KWK) zur dezentralen Versorgungssicherheit mit Strom muss unter Wahrung von Klimaschutzaspekten ausgebaut werden:

- Wir fordern ein 10.000 Häuser-Programm Bayern: eine Umrüstung von ca. 10.000 der ca. 60.000 größeren Heizungen in Bayern mit Leistungen größer 100 kW auf Block-Heiz-Kraft-Werke ist machbar!
- Keine Gaskraftwerke ohne Kraft-Wärme-Kopplung und Abwärmenutzung – neue Kraftwerke nur da, wo auch Wärmesenken und Wärmeverbraucher sind.

- In 2015 steht die Novellierung KWK-Gesetz an. Wir fordern, den Zubau / Neubau von neuer dezentraler KWK zu fördern und nicht nur die Erhaltung des Bestands sichern.
- Für das Strommarktdesign 2015 im Energiewirtschaftsgesetz fordern wir die Förderung dezentraler Energiestrukturen. Also kein von der Bundesnetzagentur regulierter Kapazitätsmarkt für die großen Energiekonzerne Europas, sondern ein Strommarkt, der den Ausbau von Windenergie, Sonnenenergie und KWK finanzierbar macht, ein Markt für die Energiewende von Unten in Bayern!

Die **Erneuerbaren Energien** in Bayern müssen weiter ausgebaut werden:

- Die 10H-Regelung in der Bayerischen Bauordnung muss wieder aufgehoben werden. Wir fordern eine Rückkehr zur erfolgreichen Regionalplanung: unter der Bayerischen Bauordnung mit 10H gibt es bislang keinen offiziellen Antrag auf neue Standorte für Windkraftanlagen in Bayern!
- Oder der Winderlass Bayern vom 12-2011 ist so zu verbessern, dass der Zubau von Windkraft unter 10H die gleiche Ausbaudynamik in Bayern erreicht wie unter der Regionalplanung bis 2014!
- Die EEG-Umlage auf Eigenstromnutzung, die PV-Strom ebenso wie KWK-Strom bremst und stoppt, muss gestrichen werden.
- Bestehende Wasserkraftanlagen müssen optimiert werden, aber kein Neubau: kleine Wasserkraft bringt im Vergleich zum enormen ökologischen Schaden keinen quantitativ relevanten Anteil für die Energiewende.
- Der Bayernplan Biogas von 2012 muss mit einem Schwerpunkt Biogas-Block-Heiz-Kraft-Werke reanimiert werden, so dass die Verstromung von Biogas von unsinniger Grundlast zu wertvoller Spitzenlast und Regelleistung umgebaut wird. Die Abwärme muss zum Heizen genutzt werden und durch einen Vorrang für Reststoffnutzung und eine gezielte Fruchtfolgevielfalt können auch die negativen Folgen der Biogasnutzung deutlich reduziert werden.

Am morgigen Sonntag jährt sich der Super-GAU von Tschernobyl zum 29. Mal, dessen Folgen uns daran erinnern, dass die Energiewende kein Luxus ist, sondern eine Notwendigkeit.

Stopp dem Flächenverbrauch – keine Aufweichung des Anbindegebots

Die 2. große Herausforderung, ist der Stopp des Biodiversitätsverlusts. Eine Hauptursache für diesen Verlust ist der Flächenverbrauch.

Die bayerische Identität hängt maßgeblich mit dem bayerischen Landschaftsbild zusammen. Aber Bayern ist dabei sein einzigartiges Landschaftsbild zu verspielen. Bayern ist nämlich bundesweit einsamer Spitzenreiter beim Flächenverbrauch. Täglich werden in Bayern 18 ha Freiflächen für Straßen- und Siedlungen verbaut, das entspricht in etwa 25 Fußballfeldern. Pro Jahr wird so eine Fläche der Stadt Regensburg verbraucht.

Eine Reduzierung des Flächenverbrauchs hat die auf Freiwilligkeit und Verantwortung der Kommunen basierende Strategie der bayerischen Staatsregierung nicht gebracht. Der bayerische Weg ist gescheitert. Jetzt sollen mit der nochmaligen Lockerung des Anbindegebots weitere Gefahren für Bayerns Landschaft beschlossen werden. Das Anbindegebot, also dass neue Siedlungsbereiche nur angebunden an bestehende Siedlungen ausgewiesen werden dürfen, setzt maßgeblich den Art 141 der bayerischen Verfassung um, in dem es heißt:

„Es gehört zu den vorrangigen Aufgaben von Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts, (...) kennzeichnende Orts- und Landschaftsbilder zu schonen und zu erhalten“

Mit weiteren Ausnahmen im Anbindegebot droht eine Amerikanisierung der Landschaft, mit vielen neuen Gewerbegebieten auf der Grünen Wiese und Siedlungsbändern entlang von Autobahnen und großen Bundesstraßen. Mit dieser Ankündigung von Heimatminister Söder werden die Orts- und Landschaftsbilder Bayerns auf dem Altar des Neoliberalismus geopfert.

Um die bayerische Landschaft zu schonen und dem ruinösen Wettbewerb mancher Kommunen um Gewerbeansiedlungen ein Ende zu setzen, sind mehr Regeln - nicht weniger notwendig.

Der BUND Naturschutz in Bayern (BN) appelliert an die bayerische Staatsregierung die Landesplanung zum Schutz von Heimat und Landschaft zu stärken und umfangreiche Zielvorgaben zum Flächenschutz in das Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen. Eine im Rahmen der sog. Heimatstrategie geplante weitere Deregulierung der Landesplanung lehnt der BN in großer Sorge um die bayerische Kulturlandschaft ab.

Wir brauchen eine Wiederbelebung der Landesplanung. Daher appelliert der BUND Naturschutz in Bayern (BN) an die bayerische Staatsregierung die Landesplanung zum Schutz von Heimat und Landschaft zu stärken und umfangreiche Zielvorgaben zum Flächenschutz in das Landesentwicklungsprogramm aufzunehmen.

Wir fordern im Sinne des Boden- und Flächenschutzes in der bayerischen Landesplanung zu verankern:

- 1) Festschreibung des Zielwertes für Flächenverbrauch im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Landesentwicklungsprogramm Bayern: Reduktion des Flächenverbrauchs auf 4,5ha pro Tag im Jahr 2020
- 2) Verpflichtendes Flächenressourcenmanagement in Gemeinden: Baulücken- und Brachflächenkataster, Aktivierungstätigkeiten des Innenentwicklungspotenzials. Neue Siedlungsgebiete dürfen nur dann ausgewiesen werden, wenn nachweisbare Potenziale der Innenentwicklung nicht zur Verfügung stehen.
- 3) Steuerung der Siedlungsentwicklung in der Regionalplanung. Ausweisung von Eignungsgebieten z.B. an Orten mit guter Infrastruktur, ÖV-Anschluss etc.
- 4) Definition von Dichtezielen in der Regionalplanung, um eine Annäherung an bauliche Dichten in den Dorf- und Stadtkernen zu erreichen.
- 5) Verpflichtende Darstellung des Bedarfs und der Nachfrage nach Neubauf Flächen nach einheitlichen, realistischen und überprüfbaren Kriterien vor einer Flächenneuausweisung.
- 6) Rückverlagerung der Genehmigungspflicht von Flächennutzungsplänen auf die Bezirksregierungen.
- 7) Zielabweichungsverfahren müssen auf atypische Einzelfälle, die dem Sinn und Zweck des Normgebers widersprechen, beschränkt bleiben.
- 8) Streichung aller Ausnahmen zum Anbindegebot, außer der Ausnahme für große immissionsintensive Industriebetriebe.
- 9) Verbot für Einzelhandelsansiedlungen auf der Grünen Wiese
- 10) Straßenneubauten nur mehr in wenigen begründeten Ausnahmefällen, die bestehende Infrastruktur muss bezüglich ihrer ökologischen Durchgängigkeit verbessert werden.

Erhaltung der Biodiversität

Wir haben dramatische Biodiversitätsverluste v.a. in der offenen Agrarlandschaft. Selbst bis vor kurzem noch verbreitete Arten wie Kiebitz, Goldammer, Rebhuhn oder Grasfrosch halten die ständigen Intensivierungen der Landwirtschaft nicht aus: Grünlandrückgang, Pestizideinsatz, Gülle, Wiesenmahd von April bis November (5 – 6 Schnitte).

Der „freiwillige“ Weg der bayerischen Staatsregierung mit den Landwirten hat versagt. Bayern ist nur noch oberflächlich betrachtet schön, als optische Kulisse, aber ohne Substanz an früher typischen Tier- und Pflanzenarten, die sich in tiefgreifender Erosion befinden. Die Blütenarmut und die Grabes-

stille (Vogelarten) z.B. auch des Voralpengrünlandes fallen jetzt auch der breiten Bevölkerung und Touristen auf. Der „stille Frühling“ wird Realität.

Zudem gilt Bayern bundesweit zunehmend als Land mit permanenter Verfolgung und illegaler Tötung von prominenten Tierarten: Luchs, Fischotter, Biber (3 pro Tag getötet, 1.200- 1.400 / Jahr): „Naturschutz mit der Flinte“. Das bringt auch Bayern als Tourismusland in Verruf.

Bayern hat seinen früheren Spitzenplatz im Naturschutz verloren und wird im Mitteleinsatz von Baden-Württemberg überholt (ca. 40 Mio €/Jahr Bayern, 60 in BaWü). Wir haben ein Nullwachstum bei Schutzgebieten, aber veranstalten im Juni einen G7-Gipfel in einer Landschaft, die aus Naturschutz- und NATURA 2000-Gebieten besteht.

Die Staatsregierung hat formal zwar ein Biodiversitätsprogramm Bayern 2030 beschlossen, aber um die im Programm angesprochenen Ziele erreichen und Maßnahmen umsetzen zu können, um von Einzelerfolgen in die Fläche zu kommen, für die Erhaltung und Wiederaufbau einer „grünen Infrastruktur“ ist eine entsprechende **Finanz- und Personalausstattung** nötig, wozu jedoch im Programm keinerlei Angaben gemacht werden.

Wir fordern daher:

- **Investitionsprogramm Naturschutz von 50 Mio. € / Jahr** für eine grüne Infrastruktur insbesondere in den ausgeräumten Agrarlandschaften Bayerns zur Neuschaffung von Bio-top(verbund)strukturen.
- **300 Mio. € „Biodiversitäts-Gelder“** im Doppel-Haushalt (vgl. 200 Mio. € Klimaschutzgelder) zur besonderen Förderung von Biodiversitäts-Maßnahmen.
- Eine **„Biodiversitäts-Prämie“ von 500 €/ ha** als Grundsicherung gerade für kleinere landwirtschaftliche Betriebe in reich strukturierten Landschaften mit kleinen Schlaggrößen, hohem Anteil an Grünland, Streuobst, Hecken oder Feldrainen bzw. Betriebe mit Biotopen und Arten, die in Bayern und Europa besonders schutzwürdig sind.
- Für die Beteiligung am Aufbau grüner Infrastruktur sind **10% des Etats der Straßenbauverwaltung** bereitzustellen.
- Der Umfang des **Vertragsnaturschutzprogrammes (VNP)** muss von derzeit 2 % auf 10 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Bayerns steigen. Der Mittelumfang eines auch mit attraktiveren Prämien ausgestatteten Programmes ist auf **200 Mio. €/Jahr** zu erhöhen.
- Statt Stellenabbau Stärkung der **Naturschutzbehörden** (z.B. 3. Stelle an den UNBs) Schaffung von Synergieeffekten durch Bündelung mit Fachbehörden aus dem Bereich der Landnutzung („Grüne Ämter“)

Die Hoffnung auf einen Nationalpark Steigerwald wächst

2014 haben wir einige wichtige Erfolge für einen Nationalpark im nördlichen Steigerwald errungen: Das Landratsamt Bamberg hat einen 757 Hektar großen Staatswaldbereich als **„Geschützten Landschaftsbestandteil“** ausgewiesen. Eindeutige Beschlüsse des Kreistages Bamberg und des Marktgemeinderates Ebrach für mehr Waldschutz waren dem vorausgegangen: die beiden Gremien hatten sich mit über 90 Prozent Zustimmung dafür ausgesprochen im nördlichen Steigerwald die Voraussetzungen für ein Weltnaturerbe zu schaffen. Nachdem die Staatsregierung diesen eindeutigen Willen der Bürgerschaft im Landkreis Bamberg nicht zur Kenntnis nimmt und dem nicht entspricht, begrüßt es der BN, dass Bezirkstagspräsident und Landrat a.D. Dr. Günther Denzler das Heft in die Hand genommen hat und selbst handelt, um diese Beschlüsse zu vollziehen.

Die Staatsregierung hat nun angekündigt, das Schutzgebiet wieder aufzuheben: der Landtag hat nur wegen dieses Einzelfalls das bayerische Naturschutzgesetz geändert! Das wäre ein einmaliger und rechtswidriger Vorgang, gegen den wir alle verfügbaren Rechtsmittel einsetzen werden!

Die Pläne der Staatsregierung für ein Schutzgebiet, in dem nach wie vor Holz im großen Stil genutzt wird und einige kleine Fläche als Trittsteine vorübergehend geschützt werden, ist eine ungenügende Grundlage für eine Weltnaturerbebewerbung und wird auch der Erhaltung der deutschlandweit bedeutenden Biodiversität in diesem Bereich nicht gerecht, wie Sie auf der Exkursion morgen sehen werden. Aktuell ist auch eine Weltkulturerbebewerbung im Gespräch. Dazu sagen wir ganz klar: wir begrüßen es, wenn sich die Steigerwaldregion auf ihr kulturelles Erbe, wie das Ebracher Kloster, die Teichlandschaft und anderes mehr kümmert. Ob dies zum Weltkulturerbe reichen wird, wird man sehen. Was wir aber nicht zulassen werden ist, dass mit dieser Diskussion von dem notwendigen Schutz der staatlichen Wälder im Nordsteigerwald abgelenkt wird. Dieser durchsichtige Versuch wird nicht gelingen.

Die Bayerischen Staatsforsten haben mehrfach behauptet, dass das Schutzgebiet nicht schutzwürdig sei, weil dort nur vereinzelt alte und dicke Bäume vorkämen. Der BUND Naturschutz und der WWF Deutschland haben deshalb im März 2014 ein Kartier-Projekt auf den Weg gebracht, um zu überprüfen wie viele dicke, alte Bäume es in dem Schutzgebiet noch gibt. Auf bislang 226 Hektar – knapp 30 % der Fläche des Schutzgebiets - wurden knapp 3000 dicke Bäume lagegenau erfasst. Ein Großteil der Starkbäume waren Buchen (80 %), gefolgt von Eichen (10 %) und einigen anderen Baumarten. Für das gesamte Waldschutzgebiet rechnen wir mit einer Größenordnung von 8.000 bis 10.000 dicken und alten Bäumen. In den untersuchten Waldbereichen des Schutzgebiets sind über 10 Starkbuchen pro Hektar zu finden, deutlich mehr als in vielen anderen Staatswäldern. Dies unterstreicht die bayernweite Sonderstellung des Schutzgebietes und dessen hervorragende Eignung als Buchenwald-Schutzgebiet für eine Naturwaldentwicklung.

Wir sehen uns in unserem Engagement für ein Großschutzgebiet im Steigerwald auch von immer mehr Bürgerinnen und Bürgern in der Steigerwaldregion selbst unterstützt. Dies zeigt eine **repräsentative Umfrage** zu einem möglichen Nationalpark Steigerwald, die wir gemeinsam mit dem WWF bei TNS Emnid in Auftrag gegeben haben. Das Ergebnis ist, dass eine deutliche Mehrheit von 61 Prozent der Bewohner in der Region Steigerwald einen Nationalpark befürwortet. Zwei Drittel der Befragten sind zudem der Meinung, dass der Nationalpark Steigerwald Tiere, Pflanzen und alte Bäume besser schützt als ein Forst.

Die guten Ergebnisse dieser Umfrage sind sicherlich auch auf das anhaltende Werben des BN für einen Nationalpark Steigerwald zurückzuführen: Seit 2007 haben wir zusammen mit den Partnerverbänden im Freundeskreis Nationalpark Steigerwald auf über 500 Veranstaltungen bayernweit und vor allem im Steigerwald für die Nationalparkpläne geworben. Diese Aufklärungsarbeit hat bei vielen Einwohnern im Steigerwald einen Umdenkprozess ausgelöst. Immer mehr Menschen merken, dass die Argumente der Nationalparkgegner einer ernsthaften Prüfung nicht standhalten, sondern dass ein Nationalpark viele Vorteile für Natur und Menschen im Steigerwald brächte. Die vom BN unabhängige Gründung eines „**Vereins Nationalpark Steigerwald**“ aus der Bürgerschaft heraus, der mittlerweile auf etwa 1000 Mitglieder anwuchs, ist indirekt sicherlich auch auf unsere Aktivitäten zurückzuführen.

Diesen Meinungsumschwung kann auch die verantwortliche Politik nicht mehr ignorieren. Wir fordern daher Ministerpräsident Horst Seehofer auf, dem Mehrheitswillen der Bevölkerung zu entsprechen, so wie er es mehrfach angekündigt hat.

NATURA 2000

Nicht einmal unser europäisches Naturerbe ist noch sicher. Vor mehr als 20 Jahren hat die EU die FFH-Richtlinie beschlossen, mit der ein europaweites Netz von gefährdeten und charakteristischen Lebensräumen und Arten gesichert werden soll. Dieses Netz NATURA 2000 ist von zentraler Wichtigkeit, damit Bayern, Deutschland und die EU die Ziele ihrer Biodiversitätsstrategien erreichen. Obwohl es noch gewaltig an der Umsetzung hapert, läuft 2015 ein sogenannter "Fitness-Check", bei dem die

EU-Kommission eine "Modernisierung" der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie prüft. Modernisierung heißt i.d.R. Schwächung.

Denn trotz aller Umsetzungsdefizite ist Natura 2000 wirksam und damit der Lobby der Naturzerstörung ein Dorn im Auge. Jede Schwächung wäre ein Armutszeugnis für Europa und würde jegliche Glaubwürdigkeit im Naturschutz - national wie international - untergraben. Ein breites europaweites Bündnis von Naturschutzorganisationen, darunter auch BN, BUND und FoE ist bereits sehr aktiv, um die Richtlinien zu erhalten.

Auch Sie alle können das unterstützen: zeigen Sie Ihren Abgeordneten den Wert und die Notwendigkeit von NATURA 2000 und beteiligen Sie sich an der öffentlichen Konsultation, die die EU-Kommission ab Ende April für 3 Monate durchführt: wir bieten Ihnen dafür ab Mai einfache Hilfestellungen. Draußen im Foyer finden Sie Informationen dazu.

Einsatz für eine vielfältige bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung und ökologischer Qualitätsvielfalt durch Aufbau regionaler Strukturen

Nicht nur Bayerns Arten- und Lebensraumvielfalt und die genetische Vielfalt unserer Nutzpflanzen ist in Gefahr, auch das Modell Bauernhof steht in Bayern auf der Roten Liste: 300.000 Bauernhöfe mussten seit 1970 aufgeben. Inzwischen schließen jährlich ca.3000 Betriebe ihre Hoftüren.

Die Betriebe intensivieren, wo es sich finanziell rechnet. Gleichzeitig erleben wir einen heftigen Kampf um die landwirtschaftlichen Flächen zwischen den Biogaslandwirten und den Tierhaltungsbetrieben. Zusätzlich wird die Situation durch den Wegfall der Milchquote verschärft. Das Ergebnis ist, dass das Leitbild eines bäuerlichen, also eines standortgebundenen Betriebes verloren geht. Mit den 2014 beschlossenen Gesetzen und Verordnungen zur Ausgestaltung der EU- Agrarreform ist die EU-Agrarpolitik und ihre Finanzierungsinstrumente weder wesentlich grüner noch gerechter geworden.

Die Leitarten der Agrarlandschaften wie Schmetterlinge und Feldvögel gehen dramatisch in ihrem Bestand zurück. Ziele, wie Stopp des Biodiversitätsverlustes, ein guter ökologischer Zustand von Gewässern und Grundwasser, Bodenerosionsvermeidung sind noch nicht ansatzweise flächendeckend erreicht. Im Schnitt 20% des Grundwassers in Bayern weisen Nitratwerte über 50mg/l auf.

Der BN fordert deshalb die Erhaltung der bäuerlichen Agrarstruktur und der Tierhaltung in bäuerlichen Dimensionen sowie die Vielfalt in der Agrarlandschaft durch vielfältige Lebensräume mittels abgestufter Nutzungs- und Schutzkonzepte. Industriellen Agrar- und Tierhaltungsstrukturen erteilt der BN eine Absage, da sie im Regelfall die Gewinnmaximierung auf Kosten von Umweltschutz und Tierwohl vorantreiben. Der Ausbau des ökologischen Landbaus wird als Königsweg für die bayerische Landwirtschaft unterstützt, und auch hier die Tendenz zur Industrialisierung kritisiert.

Die Zielvorstellungen des BN für eine naturnahe Lebensmittelerzeugung auf dem Acker und im Stall sind:

- Die möglichst optimal ökologisierte landwirtschaftliche Produktion. Damit gemeint ist der Verzicht auf Agrarchemie und riskante Medikamentierung der Nutztiere durch Antibiotika und Hormone.
- Der höchstmögliche Schutz unseres Fließ- und Trinkwassers vor landwirtschaftlich und gesellschaftlich bedingtem Schadstoffeintrag, in Form von Nitrat und Rückständen der Agrarchemie.
- Die Wiederherstellung intakter, strukturmäßig vernetzter Landschaften. Dies gilt besonders in kilometerweit ausgeräumten Gunstlagen. Die Wiederherstellung von Lebensbedingungen für Feldvögel, Feldhase, Igel, Biene, Schmetterlinge und Co.

- Die Haltung, Fütterung, Betreuung der Nutztiere in einem System, welches den Bedürfnissen und der Würde der Tiere in einem hohen Maße entspricht. Dies bedeutet die grundsätzliche Verbesserung der Aufstellungsbedingungen, Liegeflächen auf Strohhunterlage, Auslauf ins Freie und das Unterlassen von Kupieren der Schwänze bei Schweinen und der Schnabelspitzen bei Geflügel. Darüber hinaus ist die Fütterung weitgehend auf eine inländische und generell gentechnikfreie Futterbasis umzustellen.
- Die Bewirtschaftung des Betriebes ist im Ziel auf die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern auszurichten.

Konkret fordern wir, dass

- für die Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes die bayerischen Daten ausgewertet und verbindliche Ziele für die Halbierung in Teilschritten bis 2019 angestrebt werden. Der Einsatz von Wirkstoffen, die in der Humanmedizin besonders wichtig sind, muss in der Tierhaltung vollständig verboten werden.
- ein Tierschutzplan Bayern erstellt wird, der einen Katalog von Maßnahmen zur Verbesserung der Tierhaltung mit konkreten Zwischenschritten und Zeitplan, angelehnt an den Tierschutzplan Niedersachsen, enthält.
- mit einem Sonderumbauförderprogramm für kleine und mittlere Betriebe die bayerischen Betriebe in die Lage versetzt werden, zusätzliche Anforderungen, die sich aus den Tierschutzanforderungen ergeben, zu erfüllen.
- sich die bayerische Staatsregierung über eine Bundesratsinitiative für Änderungen im BauGB einsetzt:
 - Für eine Flächenbindung für Tierhaltungsanlagen, die es den Gemeinden ermöglichen, das Wachstum von Intensivtierhaltungsanlagen auf zwei Großvieheinheiten pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche auf dem Gemeindegebiet zu begrenzen;
 - Für eine Abschaffung der Privilegierung von gewerblichen Tierhaltungsbetrieben, die UVP pflichtig sind, auch wenn sie die Futterfläche zur überwiegenden Ernährung der Tiere nachweisen können.
- eine Tierhaltungskennzeichnung für alle tierischen Lebensmittel eingeführt wird, damit Konsumentinnen und Konsumenten auf einen Blick erkennen können, wie die Tiere gehalten wurden und Bäuerinnen und Bauern für ihre Bemühungen um artgerechte Haltung angemessen entlohnt werden.

Waldwirtschaft

In der Waldwirtschaft haben wir zwar einige positive Tendenzen, aber insbesondere der Staatswald bereitet uns Sorgen: Die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) sind ein gewinnorientiertes Unternehmen, das zwar gesetzliche Vorgaben einhält, aber in erster Linie finanzielle Gewinne erwirtschaften soll:

Förster- und Waldarbeiterstellen werden massiv reduziert und die Forstwirtschaft stark intensiviert mit mehr Maschinen, mehr Bürokratie und mehr Zentralismus.

Diese Weichenstellungen der Forstreform haben zahlreiche negative Folgen für den Wald:

- maschinengerechter Wald: dichtes Netz an Maschinenwegen (bis zu 20 % der Waldfläche),
- massive Holzeinschläge bis hin zu Kahlschlägen, die Bundeswaldinventur III zeigt, dass im bayerischen Staatswald mehr eingeschlagen wurde wie zugewachsen ist: Das ist ein Verstoß gegen das Nachhaltigkeitsgebot,

- immer wieder Bodenschäden durch schwere Holzerntemaschinen,
- vielerorts zu hoher Wildverbiss,
- Einschläge von Biotopbäumen und von ökologisch wertvollen alten Bäumen,
- Es werden zu wenig Naturwälder für die Artenvielfalt und Erholung geschützt,
- Staatswald dient oft zur Flächenreserve für Sandabbau, Straßenbauten, Almwirtschaft,

Der Staatswald muss dringend vorbildhaft, gemeinwohlorientiert bewirtschaftet und besser geschützt werden. Der jüngst vollzogene Wechsel im BaySF-Vorstand sollte auch für eine inhaltliche Neuausrichtung genutzt werden.

Wir fordern daher:

1. Vorrang für Umwelt, Erholung und Gemeinwohl im Staatswald vor industrieller Holznutzung gewähren

Für die Bewirtschaftung des Staatswaldes muss eindeutig festgelegt werden: Umwelt- und Naturschutz sowie die Erholung der Menschen müssen Vorrang vor einer überzogenen Holznutzung haben. Zukünftig muss die Erfüllung dieser Gemeinwohlfunktion für den Staatswald das vorrangige Ziel sein und nicht eine gewinnorientierte Bewirtschaftung. Dies muss noch deutlicher durch eine Änderung im Bayerischen Waldgesetz (Art. 18 BayWaldG) verankert werden. Dazu müssen auch die Gemeinwohleleistungen im Waldgesetz definiert werden.

2. Zehn Prozent des Staatswaldes der natürlichen Waldentwicklung und für die Erholung der Menschen überlassen

Damit internationale Verpflichtungen und völkerrechtlich verbindliche Ziele eingehalten und die Artenvielfalt in den Wäldern erhalten werden kann, müssen die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie auch in Bayern umgesetzt werden. Dies bedeutet, dass im Staatswald weitere ca. 50.000 Hektar bis 2020 einer dauerhaften natürlichen Waldentwicklung zugeführt und gesetzlich geschützt werden müssen. Neben einem **Nationalpark Steigerwald** und großen Waldschutzgebieten im Spessart sind dazu weitere Schutzgebiete ohne Holznutzung notwendig. Im Körperschaftswald soll über Beratung und Förderung die vermehrte Ausweisung nutzungsfreier Wälder angeregt werden – mit dem Ziel auch hier zehn Prozent der Waldflächen einer natürlichen Waldentwicklung zu überlassen. Diese Ziele und deren vorbildliche Umsetzung sind im Bayerischen Waldgesetz zu verankern.

3. Übertragung von Planung und Kontrolle für den Staatswald an die Forstverwaltung

4. Moderate Holznutzungen im Staatswald zu Gunsten von Klima und Naturschutz

5. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung im Staatswald sowie eine FSC-Zertifizierung

6. Stärkung der Kompetenz der Staatswaldförster vor Ort und Abbau einer zentralisierten Bürokratie

Für die Wälder auch außerhalb der BaySF bestehen Defizite beim Waldumbau der durch Klimawandel bedrohten Wälder. Dafür braucht es im Staatswald mehr Förster und Investitionen, um angepasste Wildbestände und mehr Naturverjüngung und Anpflanzungen vor allem von Weißtannen, Eichen und Buchen zu realisieren. Für den Privat- und Körperschaftswald muss die Beratung und Förderung deutlich intensiviert werden. Hierfür braucht es v.a. mindestens 100 neue Förster.

Abbruch der Verhandlungen zu TTIP

Gegen das Freihandelsabkommen der EU mit den USA, TTIP, hat ein breites Bündnis inzwischen 1,7 Mio Unterschriften gesammelt und am TTIP-Aktionstag haben europaweit zehntausende gegen das Abkommen demonstriert. Ich möchte Ihnen hier auch meinen Dank aussprechen für Ihr Engagement und Ihre Beteiligung an den Demonstrationen in München und Nürnberg.

Wir lehnen ab, dass das Abkommen Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation vorsieht. Dies höhlt die Demokratie und den Rechtsstaat aus. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Deswegen fordern wir den Abbruch der Verhandlungen und ein neues Mandat. Die Argumente betreffen auch das bereits verhandelte Abkommen mit Kanada, CETA. Wir fordern daher die bayerische Staatsregierung auf, es nicht zu unterzeichnen.

Verbandsarbeit

Unsere Geschichte zeigt uns die hohe Bedeutung, die der Bürgerbewegung und der Basisarbeit zukommt. Ohne das Engagement von Aktiven vor Ort könnten wir heute nicht mit Stolz auf die vom BUND Naturschutz geretteten Landschaften blicken. Aktive vor Ort waren es, die zahlreiche Initiativen im Artenschutz, bei der Müllproblematik, in Fragen des Energiesparens, der Wasserversorgung, der Agrogentechnik, der zukunftsfähigen Mobilität oder dem Schutz vor Elektromog angestoßen haben.

Die ehrenamtlich Aktiven sind der Kern des Verbandes. Sie sind vor Ort, bringen Sachverstand, Kompetenz und Herzblut ein, und am wichtigsten: wertvollste Lebenszeit. Ihre Verankerung in der Heimatlandschaft ist ihre Stärke – aber auch Herausforderung: es bedeutete in den letzten Jahrzehnten, immer auch Druck und Anfeindungen auszuhalten, von Nachbarn, von Freunden, von Gemeinderäten. Für Naturschutz und Nachhaltigkeit ist heute bekanntlich jeder, solange es allgemein und unverbindlich bleibt, aber wenn es in der Gemeinde beim neuen Gewerbegebiet, dem nächsten Baugebiet oder der gewünschten Ortsumgehung darauf ankommt, dann stehen die BUND Naturschutz-Aktiven sehr rasch alleine da mit den offiziellen Nachhaltigkeitsprinzipien, den Biodiversitätsstrategien und den freiwilligen Vereinbarungen, die im realen Praxistest regelmäßig versagen.

Der BUND Naturschutz als ganz klar basisorientierter Verband – das bedeutet auch, dass Frau und Mann in den Ortsgruppen sich nicht zurückziehen können in die Anonymität eines kurzfristig tätigen Aktivistenteams, das schnell ein Transparent enthüllt und dann wieder in die Großstadt zurückreist. Orts- und Kreisgruppenarbeit im BUND Naturschutz ist Knochenarbeit des Ehrenamtes mit gefühlt meist nur zögerlicher Anerkennung bis eisiger Duldung durch die verantwortliche Politik. Und was viele vor Ort zugleich freut wie schmerzt, ist, dass heute die politische Mehrheit das sagt, was der BUND Naturschutz vor 10, 20 oder 40 Jahren gefordert hat. Das politische Gedächtnis ist kurz, das des Ehrenamtes aber lang. Es gibt bei Vielen hier im Saal Erinnerungen an öffentliche Schelte, an Ausgrenzungen, Verunglimpfungen und Spott, wobei „Ökospinner“ noch eine der harmlosesten war. Es ist keine Schwäche, wenn – übrigens gerade auch in Naturschutzbehörden – dann Resignation eintritt. Das Ehrenamt im Naturschutz braucht starke Schultern, Mut durch Gleichgesinnte, langen Atem für seine Ziele. Was wir uns daher wünschen, sind ehrliche politische Ehrenerklärungen, aber auch weitere konkrete berufliche wie steuerliche Anerkennung für das umweltpolitische Ehrenamt in Bayern. Wir begrüßen aber durchaus die in den vergangenen Jahren erfolgten Verbesserungen als wichtige Beiträge dazu.

Das Land Bayern sollte stolz sein auf das Engagement seiner Bürger für das Gemeinwohl. Denn nicht zuletzt diesem Engagement verdankt es zentrale umweltpolitische Fortschritte und die Vermeidung von teuren Fehlinvestitionen auf dem Rücken der Steuerzahler.

Dieses Ehrenamt im Naturschutz ist damit die tragende Säule der Verbandsarbeit und gibt auch den Menschen, die sich engagieren, die Gewissheit, dass Sie sich für eine gute Sache einsetzen und bringt Freundschaften. Sie ist damit auch eine Quelle der Lebensfreude.

Transformationsprozess

Der Einsatz für Klimaschutz und Nachhaltigkeit erfordert eine überfällige Transformation der Produktion und der Dienstleistung von immer mehr, schneller, weiter zu besser und weniger Konsum. Gut leben ist etwas anderes als viel haben. Diese Wirtschaftsfragen, Ungerechtigkeiten im Handel und die Klimaveränderung hängen auch ursächlich zusammen mit der Flüchtlingsproblematik. Der BN ist auch hier aktiv und beteiligt sich am G7-Alternativgipfel am 3./4. Juni mit anschließender Demonstration am 4. Juni in München. Außerdem veranstalten wir am 15./16. Mai gemeinsam mit Entwicklungsorganisationen und der Stadt Nürnberg den Konvent für das Menschenrecht auf Nahrung mit unserer Naturschutzpreisträgerin Vandana Shiva. Zu beiden Veranstaltungen sind Sie natürlich recht herzlich eingeladen

Teil dieses notwendigen Transformationsprozesses ist die Sicherung dezentraler Strukturen und der Vorrang des Gemeinwohlprinzips im staatlichen Handeln. Das erfordert Bürgerpartizipation und damit Sicherung und Ausbau der in der Bayerischen Verfassung vorbildhaft verankerten Bürgerrechte. Die Sicherung von Gemeinwohlbelangen erfordert aber zwingend auch leistungsfähige Fachbehörden des Natur- und Umweltschutzes, im Landratsamt, der Bezirksregierung, im Ministerium und im Landesamt für Umwelt, aber auch in den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und der Wasserwirtschaft.

Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir weiterhin der unabhängige, kritische und unbequeme Anwalt der Natur bleiben. Wir werden deshalb unsere Bündnisarbeit ausbauen, weil wir wissen, je breiter die Bündnisse, umso größer die Chancen zur Durchsetzung unserer Ziele.

Wir werden uns für die bayerische Bevölkerung dafür einsetzen, dass unsere bayerische Heimat mehr ist als Laptop und Lederhose, nämlich Erhaltung der Vielfalt und Schönheit unserer Heimat, und damit Grundlage unserer eigenen Lebensqualität.

Wir werden daher gemeinsam mit unserem Bundesverband dem BUND weiter am Prozess nicht nur der Transformation unserer Industriegesellschaft zu einer Nachhaltigkeitsgesellschaft und an der Verbindung der ökologischen mit der sozialen Frage arbeiten, sondern auch an einer Transformation unseres kulturellen Verständnisses, welches bisher als Zeichen des Fortschritts die Entfremdung des Menschen von der Natur und deren vermeintliche Beherrschung verstand. Wir müssen uns stattdessen einsetzen für eine Kultur, in der Naturschutz die Basis kulturellen Schaffens ist, und in der wir mit den Kräften der Natur arbeiten und von ihr lernen.

All diese zahlreichen Herausforderungen dokumentieren die Breite der wachsenden Ansprüche an den Verband und im Verband selbst. Dies alles können wir nur leisten durch das außerordentliche Engagement aller Aktiven, sei es im Haupt- oder sei es im Ehrenamt. Gerade die ehrenamtliche Arbeit ist heute wichtiger denn je, denn die Gesellschaft befindet sich in einem Wandel und es ist nicht mehr selbstverständlich, dass Menschen ihre Lebenszeit opfern, um für ihre Überzeugungen einzutreten. Vielen Dank dafür!